

Demokratie in Gefahr?

– Ein Positionspapier von Frank Heinrich, MdB –

Mittlerweile vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht mit der Befürchtung konfrontiert werde, dass durch die Maßnahmen der Regierung in der Corona-Krise die Demokratie in Gefahr geraten würde. Mehr oder weniger werden die Grundlagen infrage gestellt, auf der die Regierung massive Rechtseingriffe beschlossen hat. Schlagworte wie „der Ausnahmezustand ist die ‚neue Normalität‘“ oder „die Maske steht dafür, dass der mündige Bürger mundtot gemacht werden soll“ machen die Runde. Darauf möchte ich mit einem Positionspapier reagieren.

Am 18. März diesen Jahres hielt Kanzlerin Angela Merkel eine ihrer wenigen Fernsehansprachen in den vielen Jahren ihrer Kanzlerschaft. Sie beschrieb darin die aus ihrer Sicht durch das Virus ausgelöste dramatische Situation und kam zu dem Schluss: „Seit der Deutschen Einheit, nein, seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Bundesrepublik keiner ähnlichen Herausforderung gegenübergestanden, bei der es so sehr auf unser gemeinsames solidarisches Handeln ankommt.“ In der Folge wurden Maßnahmen ergriffen, die vorher undenkbar schienen, darunter Grundrechtseingriffe, wie in das Recht auf freie Berufsausübung und damit in das Eigentum, die Kunstfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, die ungestörte Religionsausübung oder auch das hohe Gut der Versammlungsfreiheit und damit das Demonstrationsrecht.

Auch in dieser Lage steht für mich an oberster Stelle die Achtung vor und daraus folgend die Achtsamkeit im Umgang mit meinem Gegenüber. Vor allem auch dann, wenn er entgegengesetzte Auffassungen vertritt. Allerdings wünsche ich mir von allen Seiten, dass sie zu einer vernünftigen Debattenkultur ihren Beitrag leisten. Eine weitere wichtige Grundlage stellt die Bewertung der Fakten dar. Dabei beziehe ich nach bestem Wissen und Gewissen nicht nur die vergleichsweise erfreuliche Situation in unserem Land sondern auch die weltweite Entwicklung mit ein. Zum Dritten bin ich der Überzeugung, dass Verantwortliche nicht darum herum kommen, Entscheidungen zu treffen. Die beste Lösung abzuwägen, gehört dazu, aber keine Entscheidung zu treffen, ist keine Option. Darüber hinaus sehe ich als direkt gewählter Abgeordneter meine Aufgabe darin, alle Stimmen zu hören, vor allem aus meinem Wahlkreis. Trotzdem kann und werde ich nicht jedem Recht geben, was noch lange nicht heißt, dass deswegen die Demokratie gefährdet ist. Das wäre für mich nur dann der Fall, wenn etwa die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen nicht mehr gegeben, die Rechtsstaatlichkeit eingeschränkt oder die Menschenrechte grundlegend gefährdet sind. Alles das trifft auf unser Land nicht zu, was das letzte Augustwochenende eindrücklich gezeigt hat: Die Gerichte haben die von den Behörden verbotenen Demonstrationen in Berlin erlaubt, so dass sie stattgefunden haben. Doch auch zu einer Demokratie gehört es dazu, Grenzen zu akzeptieren. Ich denke hier an wirtschaftliche Einschränkungen oder Regelungen, die für alle gelten, weil die Entscheidungsträger zu der Einschätzung kommen, dass sie verhältnismäßig sind.

Als Abgeordneter habe ich weitreichenden Einblick in die aktuellen Abwägungsprozesse und ich kann weder erkennen, dass unser Land unterwandert, noch dass wir für eine Weltverschwörung missbraucht werden, die Regierung mit den Coronamaßnahmen eine Agenda verfolgt, die uns in den Ruin treiben oder gar die Demokratie beseitigen soll. Stattdessen sehe ich, dass anfänglich massive Grundrechtseingriffe wieder zurückgenommen wurden und die Maßnahmen ständig angepasst werden. Dabei ist es legitim, unterschiedlicher Auffassung über Einzelentscheidungen zu sein. Daraus die Gefährdung der Demokratie abzuleiten, halte ich für völlig unangemessen.

Die Bundeskanzlerin hat die aktuelle Krise als „demokratische Zumutung“ bezeichnet. Dem schließe ich mich an. Ich verwahre mich aber gegenüber der Auffassung, den „Rechtsstaat a la Carte“ zu

fordern. Darunter verstehe ich, nur noch das zu akzeptieren, was ich persönlich an Einschränkungen für gerechtfertigt halte. Es mag sein, dass die Worte von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, „Wir werden einander (nach der Krise) viel zu verzeihen haben“, von größerer Bedeutung sein werden als uns lieb ist. Trotzdem möchte ich an meiner Überzeugung festhalten, dass nichts den Dialog auf Augenhöhe ersetzen kann, selbstverständlich auch und gerade mit den Gegnern der Coronamaßnahmen.

Chemnitz im September 2020

Frank Heinrich